

Die Ungültigkeitserklärung der Landtagswahlen.

Stellungnahme der Regierung.

Sitzung des sächsischen Staatsministeriums.

Am Sonnabend trat das sächsische Staatsministerium zu einer Sitzung zusammen, die sich mit der durch das Urteil des Staatsgerichtshofes geschaffenen Lage beschäftigte.

In der Sitzung ist festgestellt worden, daß das Urteil mit der Zustellung an die Beteiligten wirksam wird. Das Kabinett war sich darüber einig, daß schon mit Rücksicht auf die Verabschiedung des Haushaltplanes für das Rechnungsjahr 1929/30 die Wahlen so früh als möglich stattfinden müssen. Infolgedessen sind die Verwaltungsbüroden angewiesen worden, die erforderlichen Vorbereitungen schon jetzt zu treffen. Die Festsetzung des Wahltermins bleibt vorbehalten.

Sächsische Pressestimmen zum Leipziger Urteil.

Zu dem Urteilsspruch des Staatsgerichtshofs schreibt der "Dresdner Anzeiger": "Die Entscheidung des Staatsgerichtshofs ist außerordentlich überraschend gekommen. Überraschung besteht nicht nur in den Kreisen der Regierungsparteien, sondern auch die Sozialdemokraten werden an einem solchen Ausgang der Angelegenheit nicht recht geglaubt haben. Der Staatsgerichtshof ist das höchste deutsche Gericht, beim man ohne weiteres zugestehen muß, daß es eine Entscheidung nach reinlichster Prüfung aller juristischen Gesichtspunkte fällt; ihm gegenüber muß man mit einer Kritik sehr vorsichtig sein. Heute aber fällt Jurisdicition sehr schwer. Von Weltfriede heißt möglicherweise man reden, jedenfalls aber davon, daß eben nur juristische, keine noch formal juristische Ansichten den Ausschlag gegeben haben. Politische Entscheidungen sind ja schließlich auch nicht die Aufgabe des Staatsgerichtshofes; vor ihnen hat er sich sogar ängstlich zu hüten. So hat er also nach bestem Wissen und Gewissen seine Pflicht getan. Die politischen Folgen seines Spruches gehen ihn nichts an."

Die "Dresdner Nachrichten" schreiben: "Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes bricht jäh in die ruhige Entwicklung, deren sich unser Land seit Jahren erfreuen durfte, und stürzt es unvermutet in eine unübersehbare Folge von Krisen- und Schüttungen. Rötig war das staatspolitisch gesehen, nicht, im Gegenteil, allen Teilen des sächsischen Volkes wäre besser gedielt gewesen, wenn dem jetzigen Landtag und der bestehenden Regierung ein normales Ende befohlen gewesen wäre, und wenn der vom Staatsgerichtshof festgestellte Fehler in der Wahlrechtsordnung, wie das ja vorgesehen war, bei der nächsten Wahl ausgeschaltet worden wäre."

Zu der Haltung des Staatsgerichtshofes schreiben die "Leipziger Neueste Nachrichten": "Im vorliegenden Falle wäre auch eine Begründung der Beweggründe der Urteilstreiter zweitmäßig gewesen. Statt dessen hat sich der Staatsgerichtshof darauf bekränkt, lediglich nach formaljuristischen Erwägungen seine Entscheidung zu fällen. Er wird sich dann aber nicht wundern dürfen, wenn weiterhin die Meinung Anhänger gewinnt, daß für die Behandlung schwieriger staatsrechtlicher Fragen von großer politischer Bedeutung eine Zusammensetzung des Gerichtshofs wünschenswert wäre, die den praktischen Bedürfnissen des Lebens gleichmäßen Rechnung trägt wie den Erfordernissen des reinen Rechts."

Die linkssozialistische "Dresdner Volkszeitung" jubelt im Leitartikel über das Urteil des Staatsgerichtshofes, der den Zusammenschluß der Koalition und der Heldregierung bedeute. Das Blatt meint: entscheiden sich die Wähler bei den kommenden Landtagswahlen für die proletarischen Parteien, dann haben wir eine proletarische Mehrheit im sächsischen Landtag. Das Mißvergnügen über die Reichspolitik werde für die sächsischen Parteigenossen kein Anlaß sein mit verminderter Kraft in den Wahlkämpfen zu geben. Im Gegenteil werde man den Genossen draußen im Reiche beweisen, was die Sächsische Sozialdemokratie zu leisten vermöge. Das Regierungssorgeln, die "Sächsische Volkszeitung", bemerkt: Nur die Tatsache, daß das Gericht nicht gewagt hat, die letzten Konsequenzen aus seiner Auffassung zu ziehen, nötigt zu einigen Bemerkungen. Denn ist der Landtag zu Unrecht gewählt, dann sind alle seine Maßnahmen, seine Gesetze und Beschlüsse ungültig, dann sind diejenigen Regierung nicht halbtrotz. Vor dieser Logik ist das Urteil zurückgeschreckt... Die Sozialdemokratie kann diesen Urteilspruch als einen Erfolg buchen. Ob sie ihn mit innerer Freude genießen wird, sei dahin gestellt. Das Blatt schreibt: Die Koalitionsparteien haben keine Ursache verzagt zu sein. Es darf ohne Überredung gefragt werden, daß sie es waren, die einer ruhigen, festigen und von ernster Verantwortung getragenen Politik den Weg geebnet haben. Alles, was Sachsen im Laufe der Zeit geschaffen hat, kann sie selbst in sozialem Hinsicht vor dem ganzen deutschen Volke sehen lassen. Das Organ der Allsozialisten, der "Volksstaat", schreibt: "Keine Partei wird die Entscheidung des Staatsgerichtshofes mit Zufriedenheit betrachten. Wir bedauern insbesondere, daß der Wahlkampf schon in eine Zeit fällt, da die Erkenntnis über dem Widerstand der linkssozialistischen Oppositionspolitik in Sachsen und den Regierungsmethoden der Sozialdemokratie im Reiche in der sächsischen Arbeiterschaft erst Wurzel gefaßt hat. Einmal muß der Tag da sein, wo die Massendemokraten kommen, der ihnen beweisen wird, daß das Volk nicht ungefähr überredet werden kann." Die demokratischen Dresdner Neuesten Nachrichten bemerken: "Überall wurde es sofort, als die Begründung bekannt wurde, als der schwächste Punkt des Spruches angedeutet, daß zwar die Landtagswahlen für ungültig, die bisherige Landtagsarbeit bis zum Moment des Spruchs, also bis Freitag, 22. März, nachmittags 5 Uhr für gültig erklärt wurde. Es wird wenige Menschen geben, denen diese juristische Dialektik des Staatsgerichtshofes verständlich zu machen ist... Der Spruch des Staatsgerichtshofes, der ein Parlament nach zweijähriger Arbeit mit einem Federstrich austößt, zeigt die staatsrechtliche Unsiherheit und Verlorenheit der heutigen Zustände. Hier wird ganz unnötig ein schlimmer Predigtstall für die Zukunft geschaffen."

Ist das Exportförderung?

Wo bleibt der Reichszuschuß für die Leipziger Messe?

Durch die Verabschiedung des Noteials hat die Frage des Reichszuschusses für die Auslandsprova-

sanda der Leipziger Messe weitere Verschärfung erfahren. Das Reichswirtschaftsministerium hat es versäumt, die anteilmäßige Fortzahlung des bisherigen Reichszuschusses von 800 000 Mark mit in den Noteial aufzunehmen zu lassen. Wäre das geschehen, so hätte das Reichsamt, da der Noteial allgemein die Auszahlung eines Fünftels der Jahresumsätze vor sieht, am 1. April 100 000 Mark erhalten müssen. Wichtige Maßnahmen der Exportwerbung hätten damit finanziert werden können.

Die vorläufige Einsicht des Reichszuschusses schafft nunmehr eine sehr bedenkliche Lage. Die Verschlechterung des deutschen Außenhandels im Februar hat soeben gezeigt, wie dringlich heute eine umfassende Exportförderung Deutschlands ist. Dazu steht aber die Art, wie das Reichswirtschaftsministerium den Zuschuß an die Leipziger Messe behandelt, in augenscheinlichem Widerspruch, da sie praktisch die Drosselung des wirtschaftlichen Organs der deutschen Exportwerbung, der Auslandspropaganda der Leipziger Messe, darstellt. Auch die Bemühungen zur Arbeitsbeschaffung durch Exportaufträge werden hierdurch empfindlich geschädigt.

Die Sorge um die Folgen des Vorgehens des Reichswirtschaftsministeriums sind in den beteiligten Wirtschafts- und Arbeitnehmerkreisen um so größer, als auch im Entwurf des endgültigen Reichshaushalts für 1929/30, im Gegensatz zum Vorjahr, der Reichszuschuß für die Leipziger Messe nicht speziell ausgeworfen erscheint, sondern durch einen allgemeinen Dispositionsfonds für den Reichsausbesserungs- und Messe-Kommissar erzeugt ist. Wieviel Leipzig davon bekommen soll, wird bisher völlig im unklaren gehalten. Auf solcher ungewissen Grundlage wird der plannmäßige Ausbau der Exportförderung naturgemäß praktisch unmöglich. Man hofft, daß der Reichstag hier noch rechtzeitig die exportwirtschaftlich notwendigen Änderungen vornehmen wird.

Aus Stadt und Land.

Ein Judier in Berlin erschossen. In der Kneipenstraße in Berlin-Lichterfelde-West erschoß nach vorangegangenem Streit der indische Kaufmann Nazar Mohamed seinen Landsmann Ali Bareem aus der Karlstraße zu Lichterfelde und töte sich dann selbst durch einen Schuß.

Bon einer Granate zerrissen. Der Maurer Dahms aus Neu-Schulendorf bei Beuthen hatte in einer Kiesgrube im Nachbarort Altweide eine Granate gefunden. Wahrscheinlich ist das Geschos von einem kriegsteilnehmenden schon vor Jahren dort vergraben worden. Dahms hatte die Granate mit nach Hause genommen und wollte sie auf dem Boden seines Hauses entladen. Als er das in den Schraubstock gespannte Geschos ansetzte, explodierte es mit ungeheurem Krach. Dahms wurde durch Granatsplitter sofort getötet. Der Schraubstock flog in weitem Bogen auf die Straße.

Schwierige Schiffahrt im Kaiser-Wilhelm-Kanal. Im Kaiser-Wilhelm-Kanal sind mehrere Habarien vorgekommen. Der Holländische Dampfer "Oceana", sowie der Kanallotendampfer "Biraly" verloren infolge des Eisgangs ihre Schrauben. Die beiden beschädigten Fahrräder, sowie die Schlepper "Eider" und "Caurus" wurden von dem russischen Eisbrecher "Truvor" nach Rendsburg gebracht. Der deutsche Dampfer "Harald" tolldierte mit dem Dampfer "Virginia". "Harald" erlitt Hedschaden und mußte auf eine Kieler Werft gebracht werden.

Eishege in Ostpreußen. In einer kleinen Anfrage der Deutschen Volkspartei war auf die Abnahme des Eiswildes in Ostpreußen hingewiesen und verlangt worden, daß die Eishege stärker gefördert und vor allem Weidenhegen angelegt würden, die der Eich im Winter aufzufinden könne. In seiner Antwort teilt nunmehr der preußische Landwirtschaftsminister mit, daß die Anlage von Weidenanpflanzungen eingesetzt und planmäßig fortgesetzt werde.

Erdstöße in Oberschlesien. In den frühen Morgenstunden wurden die Bewohner Beuthens durch einen heftigen Erdstoss aus dem Schlaf geweckt. Die Erschütterung dauerte ungefähr fünf Sekunden. Ihr folgte eine Stunde später ein zweiter schwacher Erdstoss. Die Ursachen dieser Erderschütterungen sind auf einen Zubruchgegen einer Strecke auf der 800-Meter-Höhe der Carsten-Bentrumgrube zurückzuführen. Bei diesem Zubruchgegen wurden 14 Bergleute eingeschlossen. Sie konnten jedoch bald wieder befreit werden. Während einer der Bergleute einen Nervenzusammenbruch erlitt, trug ein zweiter erhebliche äußere Verletzungen davon. Beide Bergleute wurden in das Knapsackslazarett eingeliefert.

3000 Mark für einen Roman. Die Stadt Essen hat, um den Gedanken des "Tages des Buches" durch die Tat zu fördern, beschlossen, zur Schaffung eines Romanes einen Preis von 3000 Mark auszuziehen. Der Roman soll das Ruhrgebiet zum Gegenstand haben und die vielfältigen Lebensenergien von Landschaft, Mensch und Wirtschaft in der Gegenwart zur künstlerischen Gestaltung bringen.

Frankfurter Wirtschaft. In dem Ort Dudweiler lädt die französische Grubenverwaltung auf der Bache Hirschbach die Berghelden abbauen. Der Abbau wird mittels Schiebengewerke bewerkstelligt. Anscheinend hat man dazu vor einigen Tagen eine kräftigere Pulverladung als bisher verwendet. Die Steinsmassen, zum Teil in ansehnlicher Stärke und von beträchtlichem Gewicht, überschütteten die ganze Umgebung der Halden. Hauptfördrich richtete sie an den gegenüber liegenden Häusern großen Schaden an. Die Biegel wurden auf den Dächern zerstört und auf die Straße geschleudert. Schuppen wurden teilweise abgedeckt und zahlreiche Fensterläden zertrümmt. In zwei Häusern wurden die Dächer zerstört und der gesamte Hausrat fast völlig vernichtet. So wurden etwa 20 Häuser erheblich beschädigt.

Zogar Kirchenglocken werden gesohnen. Die evangelische Kirche in Schnepbach im Saargebiet hat

vor einem Jahr infolge der durch den Raubbau der französischen Grubenverwaltung verursachten Bodensenkungen geschlossen werden müssen. Die darin befindlichen Wertgegenstände einschließlich der gemalten Fenster waren bis auf die Gloden in Sicherheit gebracht worden. Dieser Tage gab sich nun eine Diebesbande zur Kirche, um am hellen Tage eine etwa fünf Zentner schwere Glocke abzumontieren. Es gelang der Bande, die Glocke unbemerkt ins Freie zu schaffen und zu verstehen. In einer der letzten Nächte erschienen die Diebe mit einem Lastauto und waren im Begriffe, die Beute wegzuholen. Bei ihren Arbeiten waren sie aber sehr unvorsichtig, denn plötzlich erlangte ein hin hörbarer Glöckenton, was die Polizei veranlaßte, eine Patrouille auszusenden. Als die Polizisten in der Nähe der Kirche bemerkten wurden, nahmen die Diebe eiligst Reißaus.

Ein grausiger Unglücksfall. Beim Aufstauen einer Wasserleitung in einem Gasthaus in Sierning a. d. Donau wurde der Installateur Franz Oberpauer aus Sierninghoven durch die Explosion eines Dampfkessels etwa 13 Meter weit auf eine gegenüberliegende Hauswand geschleudert, und zwar mit solcher Wucht, daß das Gehirn bis auf das Dach sprang und die Schädelnochen über den ganzen Hof zerstreut lagen. Ferner wurde ihm ein Arm glatt vom Stumpf abgerissen. In einem in der Nähe befindlichen Hause wurden zahlreiche Fensterscheiben eingedrückt.

Die Eischwierigkeiten in den dänischen Gewässern. Trockenhaltende Frühlingswetter sind die Eischwierigkeiten in den dänischen Gewässern noch nicht beendet. Besonders schlimm war es wieder in der Gjedser Enge bestellt, in die der Wind große Eismassen hineingetrieben hat. Das führte dazu, daß die Fähre "Danmark", die am Vormittag Warnemünde verlassen hatte, fünf Stunden in schwerem Eis festsaß und Gjedser erst spät abends erreichte. An Bord der Fähre befanden sich u. a. die frühere Kronprinzessin Carlotta sowie der frühere Großherzog von Mecklenburg, die zu einem Besuch ihrer Schwester, der Königin von Dänemark, unterwegs waren.

55 Opfer des Grubenunglücks in Pennsylvania. Die Kohlegrube in Parnassus im State Pennsylvania, die vor zwei Tagen der Schuplatz einer schweren Explosion war, gibt bekannt, daß jetzt 55 Leichen der durch das Feuer eingeschlossenen Bergarbeiter festgestellt wurden. Neun Bergarbeiter werden noch vermisst, so daß mit einer Gesamtzahl von 55 Toten bei dem Unglück zu rechnen ist.

Dammbruch am Mississippi. In der Nähe von Quincy im State Illinois ist ein Damm des Mississippiflusses gebrochen, wodurch weite Flächen landwirtschaftlichen Gebietes überflutet worden sind. Das Wasser steht in dem Gebiet etwa 2,10 Meter hoch, und die Gefahr, daß weitere Dämme dem umgehenden Wasserdruck nachgeben, ist sehr groß. Etwa 800 Häuser sind in unmittelbarer Gefahr. Zahlreiche Fabriken in den Städten längs des Flusses wurden zur Schließung gezwungen, da ihre Kesselräume unter Wasser stehen.

Der Schnaps schuld am Verbrennungstod von 119 Menschen! Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die G. P. U. den Filmvorführer Voronow in Igol'schino verhaftet. Er soll das furchtbare Brandunglück, bei welchem 119 Menschen den Tod fanden, in betrunkenem Zustand durch Unvorsichtigkeit verschuldet haben. Die Polizei hatte Mühe, den Verhafteten vor der Wut der Menge zu schützen. Er spielt jetzt im Polizeigefängnis den Irren.

* Die australischen Flieger Moir und Owen, die den Flugfeld England-Australien brechen wollten, besuchten Ven-Hazi, waren aber gezwungen, bei Meramaturom niedergezogen. Das Augenzug wurde beschädigt, die Flieger blieben aber unverletzt.



Mrs. Dixie Riess, eine junge englische Dame von 12 Jahren, gewann mit ihren Pferden in Rennen und Sprüngen bisher 204 Preise.

Der Arzt als Berufsberater.

Die Schulentlassungen stehen vor der Tür, und für viele Eltern erhebt sich damit die Frage: "Was soll mein Junge werden?"

Für die Berufswahl sind natürlich in erster Linie maßgebend die wirtschaftlichen Verhältnisse der Eltern und die persönliche Neigung des Kindes. Beides wird man nach Möglichkeit Rechnung tragen müssen. Allein als dritter Faktor kommt hinzu die persönliche und körperliche Eignung. Krankheit, Entlassung und Arbeitslosigkeit mit allen ihren schrecklichen Folgen entstehen oft aus nichts anderem als der Tatsache, daß der rechte Mann nicht am rechten Platze steht. Deshalb sollte gerade der Arzt als Berufsberater kei-